



Bürgerinitiative: Unredliche Zahlenspiele bei Stadion-Subventionen

Fußballfunktionäre ziehen Steuerzahlende über den Tisch

VfB bedankt sich bei Ulf Prange (SPD) und Christoph Baak (CDU) für Steuermillionen

Oldenburg. – Noch bevor die Stadionpläne des scheidenden Oberbürgermeisters überhaupt grünes Licht von Kommunalaufsicht und EU-Wettbewerbsbehörde bekommen haben, ist das umstrittene Projekt schon um fast 13 Prozent teurer geworden. Dabei gibt es noch nicht einmal eine Baugenehmigung.

Das Stadion werde trotz abgespecktem Umfang nicht wie beschlossen 50 Millionen Euro kosten. „Der scheidende Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (SPD) will es nun für 57,3 Millionen Euro auf den Weg bringen,“ sagt Klaas Brümman von der Bürgerinitiative KEIN StadionBau.. Um den Unmut der Wählerinnen und Wähler vor den Kommunalwahlen im September zu besänftigen, soll jetzt die VfB Oldenburg Fußball GmbH schlank 1,9 Millionen Euro der Mehrkosten übernehmen. „Das werden die Profikicker aber gar nicht tun,“ ist Brümman sicher. Er nennt den Deal „schlicht unredlich“.

Die VfB Oldenburg Fußball GmbH bietet nach eigener Darstellung demnach an, die *„entstandene Kostensteigerung anteilig über eine entsprechend angepasste Stadionmiete mitzutragen. Konkret soll sich die Miete analog zur Kostensteigerung künftig um rund 3,5 Prozent erhöhen.“*

Die Stadionmiete, bzw. das Nutzungsentgelt sollen rund eine Millionen Euro betragen, was bedeutet, dass die Stadt im dauerhaft defizitären Projekt jedes Jahr trotzdem mindestens gut drei Millionen Euro zuschießen muss. Der Sprecher der Initiative KEIN StadionBau meint, die vorgelegten Kostenpläne seien zwar sowieso illusorisch und über zehn Jahre gesehen würde die minimal erhöhte Miete in Summe nur etwa 350.000 Euro zusätzlich einbringen. „Die 1,9 Millionen Mehrkosten sind damit sage und schreibe erst in 54 Jahren abbezahlt,“ rechnet Brümman vor. Die Belastungen für den städtischen Haushalt würden entsprechend aber jedes Jahr auf 3.117.000 Euro steigen, was sich im selben Zeitraum auf stattliche 168 Millionen Euro summiert.

Zum Vergleich verweist die Initiative KEIN StadionBau darauf, dass die VfB Oldenburg Fußball GmbH zur Zeit offenbar nur sehr moderate 76.000 Euro im Jahr für das Stadion am Marschweg zahlt. Brümman: „Daher sind wir wenig optimistisch, dass die Versprechen tatsächlich gehalten werden.“

Zu den höheren Baukosten kommen noch gestiegene Zinsen. Brümman: „Als Oldenburg schwarze Zahlen schrieb, wurde die Finanzierung des Drittliga-Stadions mit drei Prozent Zinsen geplant.“ Nun könne sich die Stadiongesellschaft glücklich schätzen, wenn sie das umstrittene Millionen-Projekt zu 3,5 Prozent finanzieren kann. „Dadurch entstehen zusätzlich erhebliche Mehrkosten für die Stadt Oldenburg, die mittlerweile ein Millionendefizit im Haushalt ausweist.“

Die Initiative KEIN StadionBau fordert, dass die Stadt nicht im hochriskanten Profi-Fußballgeschäft spekuliert. Es gehe auch anders. Brümman verweist auf den Fußballverein SG Sonnenhof aus Großaspach. Der habe sich gerade für die 3. Bundesliga qualifiziert, mit einem vollständig privat finanzierten Stadion für 10.000 Zuschauer. „Den Vogel schießt ein 7.000 Seelen-Dorf im Saarland ab, mit einem Stadion für 7.500 Zuschauer.“ Der von einem mittelständischen Pharmaunternehmen unterstützte SV Elversberg hat sich sogar für die 1. Bundesliga qualifiziert. Brümman: „Für ihr Dorfstadion gibt die Deutsche Fußball Liga (DFL) den Saarländern eine Sondergenehmigung.“

„In Anbetracht der städtischen Finanzmisere, kann die VfB Oldenburg Fußball GmbH als Hauptnutzerin des Millionen-Grabes ihren Vereins-Mitgliedern [Ulf Prange](#) (SPD) und [Christoph Baak](#) (CDU) eigentlich gar nicht genug für ihren großzügigen Umgang mit unserem Steuergeld danken“, sagt Brümman. Wenn Städte Stadien bauen, sei es fast die Ausnahme, dass die Fußballunternehmen tatsächlich die vereinbarte Miete zahlen und eine andere Verwendung gäbe es für die teuren Stadien meist nicht. Daher hätten Chemnitz, Offenbach, Regensburg und andere Städte ihre Mietforderungen an die Vereine senken müssen.

Zur Erläuterung:

Der scheidende Oberbürgermeister will den Rat über den Auftrag für das Drittliga-Stadion schon am 1. Juni abstimmen lassen. Derzeit untersucht die Europäische Wettbewerbsaufsicht den von der Stadt Oldenburg notifizierten Eingriff in den Fußballmarkt. Vor Abschluss dieses Verfahrens ist die Vergabe von öffentlichen Geldern für das Stadion [unzulässig](#). Nach Aussage von Experten, kann es im Laufe des Verfahrens noch notwendig werden, die Stadionplanung anzupassen, um die notwendige Vereinbarkeit mit dem europäischen Wettbewerbsrecht herzustellen.

20. Mai 2026

Für Rückfragen: Klaas Brümman, Tel. 0441 72508

Zum Hintergrund:

Die Bürgerinitiative KEIN StadionBau will verhindern, dass die Stadt Oldenburg ein zweites Fußballstadion, das zu 100 Prozent von Steuergeld finanziert werden soll, errichtet. Die geplanten Kosten belaufen sich vor Beginn des Baus auf mehr als 50 Millionen Euro. Auf dem Weg dahin haben wir uns mit den Tricks der Fußballindustrie beschäftigt, die die klammen Kassen deutscher Kommunen um viele Millionen erleichtert.